

---

# Sie wollen nur das Eine: **alles**

**Brennende Bärte**

mit *Geni Hackmann*

**H**eute wurde ich schon wieder gefragt, wie es denn mit der Finanzkrise weitergehen könnte und wann mit einem Crash zu rechnen sei. Zum Glück habe ich mich in dieser Frage schon vor Jahren so tüchtig geirrt, dass ich heute wenigstens eine unerschütterliche Sicherheit habe: an den volkswirtschaftlichen Zahlen lässt sich der Fortgang der Krise nicht ableiten. Ob bestimmte Ereignisse eintreten oder nicht, hat so gut wie nichts mit der gemessenen Realität zu tun, obwohl sie hinterher damit begründet wird. Dass Griechenland in akute Schwierigkeiten geraten ist, hat weniger mit seinen Schulden zu tun (die in praktisch allen westlichen Staaten zu hoch sind, als dass sie je zurückgezahlt werden könnten), sondern mit der Tatsache, dass eine Rating-Agentur die Bonität der griechischen Staatspapiere zurückgestuft hat. Das war eine

**MOTTO: *Es ist fast unmöglich, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne jemandem den Bart zu versengen.***

LICHTENBERG

reine Schreibtischtat und man darf davon ausgehen, dass sie nicht von einem autonomen Technokraten begangen wurde, sondern von höchster Ebene gebilligt wurde. Und vermutlich auch geplant. Sonst hätten nicht bestinformierte Spekulanten im Vorfeld Positionen aufgebaut, die von der Griechenland-Krise profitierten.

Doch kehren wir zur Frage zurück, wie die Misere weitergehen wird. Das Pariser Laboratoire Européen d'Anticipation Politique (LEAP) prognostiziert bis im Sommer Staatsbankrotte für England und bis Jahresende für Frankreich, die USA und andere Länder. Die Zahlen geben ihnen Recht. Aber wenn die Zahlen die politische Wahrheit ausdrückten, hätte Deutschland 1994 die D-Mark in den Mülleimer der Wirtschaftsgeschichte werfen müssen. Damals wog die Schuldenlast gemessen an der Wirtschaftskraft gleich schwer wie 1948, als die Reichsmark aus dem Verkehr gezogen und mit der D-Mark neu gestartet werden musste.

**Es sind also nicht die volkswirtschaftlichen Zahlen**, die den Verlauf der Krise bestimmen, sondern die Absichten der wirklich Mächtigen. Und die wollen vor allem eines: alles. Und alles kriegt man nicht, wenn man einen Staat in den Bankrott treibt. Dann gibt es nämlich eine Revolution oder ein Insolvenzverfahren (das für Staaten zwar noch nicht

existiert), in dessen Verlauf die Forderungen abgewogen und klassiert werden. In beiden Fällen wird das globale Finanzestablishment grössere Abschreiber machen müssen. Wird der Bankrott hingegen verzögert, lässt sich der Druck hoch halten, Lohnabstriche in Kauf zu nehmen und öffentliches Eigentum zu Dumpingpreisen zu verkaufen. Der Weg zum finalen Bankrott wird so verlängert und zur Verknechtung genutzt. Wir, das Volk, reagieren wie der Frosch im Topf, der im langsam heisser werdenden Wasser zu Tode schmort. Würden wir dagegen schnell mit der Realität konfrontiert, könnten wir mit einem rettenden Sprung das demokratische Steuer wieder in die Hand nehmen. Das darf natürlich nicht geschehen. Damit niemand den Temperaturanstieg bemerkt, wird mit geschönten Zahlen, Sparprogrammen und gelegentlichen Minikrisen das Spiel verlängert. Wie lange? Das hängt wohl von den paar Fröschen ab, die nur das Eine wollen: leben.

**Demokratie in der Wirtschaft, das müsste eines der wichtigsten Themen dieser Zeit sein**, in der es der Politik partout nicht gelingen will, die Wirtschaft – sie will ja nur das eine – dem Volkswillen zu unterstellen. Das haben die Autoren des neuen Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei richtig erkannt und fordern nun die Umwandlung von Aktiengesellschaften in Genossenschaften. Diese gute Idee muss natürlich sofort schlecht gemacht werden, zum Beispiel im Zürcher «Tagesanzeiger» vom 13. April unter dem Titel «SP-Programm unter Beschuss». Um zur gewünschten Kritik zu kommen, interviewt er ausschliesslich SP-ParlamentarierInnen, die im Verwaltungsrat irgendeiner Aktiengesellschaft sitzen. Wie zu erwarten, können sie dann mit Aussagen zitiert werden wie «die Genossenschaft wird sich nicht überall durchsetzen können» oder die Forderung nach Genossenschaften dürfe «nicht völlig stur ausgelegt werden». Selbstverständlich! Aber: So verhindert man eine Diskussion über die Ziele der Sozialdemokratie, die früher einmal die Produktionsmittel unter die Kontrolle der Beschäftigten bringen wollte und heute offenbar mit kümmerlichen Ausgleichszahlungen für die gigantische Umverteilung im Kapitalismus zufrieden ist. Die wollen wenigstens nicht das Eine. Ein Trostpflaster genügt ihnen.

*Mit herzlichem Gruss, Geni Hackmann*